

# Der israelische Krieg gegen Gaza: Wer ist Palestine Action?

**Nach ihrem Protest in RAF Brize Norton droht der Aktionsgruppe ein Verbot nach den britischen Anti-Terror-Gesetzen, was sie auf eine Stufe mit Al-Qaida und dem Islamischen Staat stellt**

Katherine Hearst, middleeasteye.net, 26.06.25

Die britische Regierung will die Aktionsgruppe *Palestine Action* auf der Grundlage der Anti-Terror-Gesetzgebung verbieten, nachdem Aktivisten Anfang des Monats in die RAF Brize Norton eingedrungen sind und zwei Flugzeuge mit Farbe besprüht haben.

Direkte Aktionen beinhalten Taktiken wie Proteste, Boykotte, Streiks und Sachbeschädigung. Beispiele finden sich bei den Suffragetten, der amerikanischen Bürgerrechtsbewegung und ACTUP, eine politische Basisgruppe, die Anfang der 1980er Jahre für die Beendigung der AIDS-Epidemie kämpfte.

Nach Angaben der Gruppe wurde der Luftwaffenstützpunkt zum Ziel, weil von dort aus täglich Flüge zur RAF Akrotiri auf Zypern starten, einem Stützpunkt, der für Militäroperationen in Gaza und im gesamten Nahen Osten genutzt wird. Die Aktivisten beschädigten Airbus Voyager-Flugzeuge, die militärische Fracht transportieren und Kampfflugzeuge sowie Militärflugzeuge auf-tanken.

Innenministerin Yvette Cooper hat angekündigt, dass sie dem Parlament am 30. Juni ein Gesetz zum Verbot der Gruppe vorlegen wird. Sollte das Gesetz verabschiedet werden, wird *Palestine Action* als verbotene terroristische Organisation eingestuft, so dass nicht nur die Mitgliedschaft in der Gruppe, sondern auch die Unterstützung der Gruppe illegal ist.

Es wäre das erste Mal, dass eine Gruppe für direkte Aktionen in Großbritannien verboten wird. Damit würde *Palestine Action* nach britischem Recht auf eine Stufe mit *Al-Qaida*, dem *Islamischen Staat* im Irak und in Syrien gestellt.

Direkte Aktionen beinhalten Taktiken wie Proteste, Boykotte, Streiks und Sachbeschädigung, anstatt sich an Institutionen und Politiker zu wenden. Beispiele finden sich bei den Suffragetten, der amerikanischen Bürgerrechtsbewegung und ACTUP, eine politische Basisgruppe, die Anfang der 1980er Jahre für die Beendigung der AIDS-Epidemie kämpfte. 1

MEE wirft einen Blick auf die Gruppe und darauf, ob sie die Kriterien für ein Verbot erfüllt.

## **Wer ist *Palestine Action*?**

*Palestine Action* wurde 2020 gegründet, nachdem Aktivisten in den Londoner Hauptsitz des größten israelischen Rüstungsunternehmens, der britischen Firma *Elbit Systems*, eingebrochen waren und ihn mit Farbe besprüht hatten.

Ihr Netzwerk von Aktivisten hat in der Folge Taktiken, einschließlich direkter Aktionen, angewandt, um sich gegen das zu richten, was sie als „unternehmerisches Ermöglichen des israelischen militärisch-industriellen Komplexes“ bezeichnen. Sie brechen häufig in Büros und Fabriken ein, um Geräte zu besprühen oder zu beschädigen, wobei sie erklären, dass sie für Kriegsverbrechen im besetzten Palästina verwendet werden.

*Elbit Systems* ist das Hauptziel der Gruppe, die mehrere Unternehmen dazu veranlasst hat, ihre Beziehungen zu dem Rüstungsunternehmen abubrechen, was das Unternehmen laut *Palestine Action* „Milliarden“ in Form von entgangenen Verträgen und Ausgliederungen kostet. 2

Barclays, das 16.000 Aktien von *Elbit Systems* besaß, trennte sich im Oktober von dem Unternehmen, während das britische Kriegsministerium Verträge mit dem Unternehmen im Wert von 280 Millionen Pfund kündigte. 3

Viele ihrer Aktivisten wurden zuvor von Geschworenen freigesprochen, weil sie sich auf die „Verteidigung der Notwendigkeit“ beriefen, d. h. dass die Sachbeschädigung gerechtfertigt war, da sie Todesfälle verhindern sollte. 4

Diese Verteidigungsgründe wurden jedoch systematisch abgeschafft, und zwar mit Hilfe von Anti-Demonstrationsgesetzen, die die polizeilichen Befugnisse zur Unterdrückung friedlicher Proteste ausgeweitet und immer härtere Strafen für Aktivisten verhängt haben, die für schuldig befunden wurden. 5

Dies gipfelte in der beispiellosen Anwendung von Terroranklagen gegen eine Gruppe von Aktivisten von *Palestine Action*, die als *Filton 18* bekannt sind. Im August letzten Jahres fuhren sechs Aktivisten mit einem umgebauten Lieferwagen in das Forschungs- und Entwicklungszentrum von *Elbit System* in Filton, Bristol. Die Aktivisten demontierten Waffen, darunter Quadcopter-Drohnenmodelle, die vom Staat Israel im Krieg gegen den Gazastreifen eingesetzt wurden, und verursachten einen Schaden von 1 Million Pfund (1,24 Millionen Dollar).

Die sechs Aktivisten wurden noch am Ort des Geschehens wegen gewaltsamer Störung der öffentlichen Ordnung und Körperverletzung verhaftet. Weitere 12 Aktivisten wurden im Zusammenhang mit der Aktion von der Anti-Terror-Polizei in zwei Wellen von Razzien festge-

nommen. Anschließend wurden sie wegen Straftaten angeklagt, die nichts mit Terrorismus zu tun hatten, darunter schwerer Einbruch und Sachbeschädigung.

Da sie jedoch wegen terroristischer Straftaten festgenommen wurden, wurden die 18 Personen im Zusammenhang mit der Terrorismusbekämpfung bis zu ihrem Prozess im November in Untersuchungshaft genommen. Bis dahin werden sie mehr als ein Jahr inhaftiert sein – weit länger als die übliche sechsmonatige (182 Tage) Haftdauer für Personen, die vor Gericht stehen. Dieser Schritt wurde von UN-Experten angeprangert. 6

Die Staatsanwaltschaft, die den Fall verfolgt, hat erklärt, dass sie beabsichtigt, zu argumentieren, dass die Straftaten, die die 18 aus Filton begangen haben sollen, einen „terroristischen Bezug“ haben, was ihre Strafe verschärfen könnte. Die Aktivisten wurden auch auf der Grundlage von Gesetzen zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität verhaftet, die auf Personen am Rande von kriminellen Banden abzielen, und wegen Verschwörung zur Erpressung angeklagt. 7

### **Was ist ein Verbot?**

Mit dem Verbot wird die Mitgliedschaft in oder die Unterstützung einer Organisation gemäß dem *Terrorism Act 2000* untersagt. Verbotssdelikte können mit bis zu 14 Jahren Gefängnis bestraft werden. 8

Zunächst muss die Regierung prüfen, ob eine Gruppe Terrorismus begangen oder unterstützt hat oder „anderweitig mit Terrorismus zu tun hat“.

Das Gesetz definiert „Terrorismus“ in diesem Zusammenhang als Anwendung oder Androhung von Maßnahmen, die

- schwere Gewalt gegen eine Person beinhaltet
- eine schwere Sachbeschädigung zur Folge hat
- das Leben einer Person gefährdet
- eine ernste Gefahr für die Gesundheit oder Sicherheit der Öffentlichkeit oder eines Teils der Öffentlichkeit darstellt oder auf eine ernsthafte Störung abzielt

Anschließend wird die Innenministerin anhand einer Reihe von Kriterien prüfen, ob die Organisation verboten werden soll, so das Innenministerium

- Art und Umfang der Aktivitäten einer Organisation
- die spezifische Bedrohung, die sie für Großbritannien darstellt

- die besondere Bedrohung, die sie für britische Staatsangehörige im Ausland darstellt
- das Ausmaß der Präsenz der Organisation in Großbritannien
- die Notwendigkeit, andere Mitglieder der internationalen Gemeinschaft im weltweiten Kampf gegen den Terrorismus zu unterstützen.

Zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Berichts sind 81 Organisationen nach dem *Terrorism Act 2000* verboten; weitere 14 Organisationen in Nordirland wurden nach früheren Rechtsvorschriften verboten.

### **Erreicht Palestine Action die Schwelle für ein Verbot?**

Bei der Beurteilung, ob *Palestine Action* für ein Verbot in Frage kommt, scheint sich die britische Regierung auf das zu konzentrieren, was Cooper als „schwere Sachbeschädigung“ bezeichnet hat, die sie am 20. Juni in Brize Norton verursacht hat. 9

In einer schriftlichen Erklärung vom 23. Juni sagte Cooper, die Aktion sei „die jüngste in einer langen Geschichte von inakzeptablen kriminellen Schäden, die von *Palestine Action* begangen wurden“, und dass „das britische Kriegsunternehmen für die nationale Sicherheit des Landes von entscheidender Bedeutung ist“.

Die Anwaltskanzlei Kelly's Solicitors, die sich auf politische und protestbezogene Arbeit spezialisiert hat und *Palestine Action* vertritt, hat in einem Schreiben an Cooper argumentiert, dass eine „beträchtliche Anzahl“ der Aktivitäten der Gruppe in „völlig konventionellen Kampagnenmethoden wie Märschen, Kundgebungen und Demos“ bestanden habe.

Laura O'Brien, Leiterin des Protestteams bei Hodge Jones & Allen Solicitors, erklärte gegenüber MEE: „*Palestine Action* ist keine Mitgliederorganisation, sondern eine Kampagne. Und die Menschen, die sich an diesen im Allgemeinen ausdrucksstarken Protestformen beteiligen, waren oft noch nie in Schwierigkeiten.“

„Viele der Aktionen, die unter dem Banner von *Palestine Action* organisiert werden, beinhalten keine größeren Beschädigungen, einige von ihnen beinhalten Schäden von geringem Wert, oft so einfach wie das Werfen von roter Farbe, die gewaschen wird.“ „Wenn Leute wegen krimineller Beschädigung angeklagt werden und wir vor Gericht gehen, sind viele dieser Schäden, die geltend gemacht werden, in Wirklichkeit keine kriminellen Schäden - es sind Folgeschäden“, erklärte Simon Pook, ein Anwalt, der mehrere der Aktivisten von Filton 18 vertritt, gegenüber MEE. „Die Kosten, die zu Beginn des Prozesses geltend gemacht werden, werden später erheblich reduziert“. 11

Sie sagte, die Polizei schätze, dass durch die Operationen von *Palestine Action* seit ihrer Gründung im Jahr 2020 Schäden in Höhe von mehreren Millionen Pfund entstanden seien.

Cooper erklärte, dass die Bewertung des Schadens, den die Gruppe in den letzten fünf Jahren angerichtet hat, auf „einem soliden, faktengestützten Verfahren beruht, das von einer Vielzahl von Experten aus der Regierung, der Polizei und den Sicherheitsdiensten ausgearbeitet wurde“.

Charlie Falconer, der unter dem Labour-Premierminister Tony Blair Justizminister war, sagte jedoch, dass die Aktion in Brize Norton kein Verbot verdiene, „also muss es etwas anderes geben, von dem ich nichts weiß“.

Wie lässt sich die Aktion in RAF Brize Norton mit ähnlichen Fällen vergleichen?

Rechtsexperten haben darauf hingewiesen, dass die Methoden von *Palestine Action* nicht beispiellos sind: Protestierende haben in der Vergangenheit militärische Einrichtungen angegriffen und wurden freigesprochen.

In seinem Schreiben an Cooper wies Kelly's auf die Diskrepanz hin zwischen der Reaktion der Regierung auf *Palestine Action* und gegen die *Fairford Five*, einer Gruppe von Aktivisten, die 2003 in einen RAF-Luftwaffenstützpunkt eindringen und US-Bomber sabotierten, bevor diese während der US-geführten Invasion in den Irak flogen.

Josh Richards, einer der drei Demonstranten, wurde vom derzeitigen britischen Premierminister Keir Starmer verteidigt, der damals Anwalt war. Starmer argumentierte, dass die Aktionen seines Mandanten, der, wie erklärt, beabsichtigte, ein Militärflugzeug mit einer Mischung aus Petroleum und Spülmittel in Brand zu setzen, ein gerechtfertigter Versuch war, Kriegsverbrechen zu verhindern.

„Wenn man sich die Leitlinien ansieht, die Keir Starmer in diesem Fall dargelegt hat, scheint das ein massiver Widerspruch zu sein“, sagte Pook. „Die Leute mögen sich darüber empören, dass rote Farbe auf Militärjets gesprüht wird. Meiner Meinung nach ist das weit weniger schlimm als ein Benzinkanister.“

### **Kann ein Verbot angefochten oder rückgängig gemacht werden?**

Nach dem Terrorismusgesetz kann beim Innenministerium ein Antrag auf Aufhebung des Verbots einer Organisation gestellt werden. Wird der Antrag abgelehnt, kann man sich an die Berufungskommission für verbotene Organisationen wenden.

Nach Angaben des Innenministeriums lässt die Kommission die Berufung zu, wenn sie der Auffassung ist, dass die Entscheidung über die Ablehnung der Streichung der Eintragung

fehlerhaft war, und zwar unter Anwendung der Grundsätze der gerichtlichen Überprüfung". Zuletzt war dies im November 2019 für die Libysche Islamische Kampfgruppe der Fall.

O'Brien sagte, dass nur wenige Organisationen ein Verbot angefochten haben. „Aber das ist vielleicht nicht überraschend, weil die Organisationen, die verboten werden, oft als militant identifiziert werden, die Gewalt fördern, um einen Regimewechsel oder politischen Wandel herbeizuführen.

„In diesem Fall handelt es sich um eine andere Art, da eine Gruppe für direkte Aktionen Gegenstand des Verbots ist. Es ist sehr viel wahrscheinlicher, dass es dieses Mal zu einer Anfechtung kommt“.

*Palestine Action* hat eine Spendenkampagne gestartet, um das Verbot anzufechten.

1 <https://www.londonmuseum.org.uk/collections/london-stories/the-suffragettes/>  
<https://www.britannica.com/event/American-civil-rights-movement>  
<https://actupny.com/>

2 <https://palestineaction.org/victories/>

3 <https://palestineaction.org/barclays-divest-elbit/>

<https://palestineaction.org/contract-loss/>

4 <https://novaramedia.com/2024/05/24/damaging-property-justifiable-to-save-palestinian-lives-court-finds/>

5 [https://www.libertyhumanrights.org.uk/advice\\_information/public-order-act-new-protest-offences/](https://www.libertyhumanrights.org.uk/advice_information/public-order-act-new-protest-offences/)

<https://www.thecanary.co/uk/news/2024/08/20/palestine-action-glasgow-thales/>

6 <https://www.middleeasteye.net/news/un-experts-intervene-filton-18-palestine-action-case>

7 <https://www.middleeasteye.net/news/uk-climate-and-pro-palestine-protesters-report-unprecedented-crackdown>

8 <https://www.legislation.gov.uk/ukpga/2000/11/contents>

9 <https://questions-statements.parliament.uk/written-statements/detail/2025-06-23/hcws729>

10 <https://www.theguardian.com/world/2025/jun/23/yvette-cooper-vows-ban-palestine-action-anti-terrorism-laws>

11 <https://amp.theguardian.com/uk/2004/jun/29/politics.iraq>

12 <https://www.crowdjustice.com/case/palestine-action/>

Quelle: <https://www.middleeasteye.net/explainers/who-palestine-action>

Übersetzung: Pako – palaestinakomitee-stuttgart.de

# Die Meinung des Guardian zu Palestine Action: Wenn rote Farbe Terrorismus ist, was ist dann keiner?

Editorial Guardian, theguardian.com, 23.06.25

**Die Einstufung direkter Aktionen als Terrorakt kriminalisiert abweichende Ansichten, unterdrückt die Meinungsäußerung und definiert Störungen als Extremismus unter dem Banner der nationalen Sicherheit neu.**

Die Absicht der britischen Regierung, *Palestine Action* nach dem Terrorismusgesetz 2000 zu verbieten, stellt eine erhebliche Verschärfung im Umgang mit zivilem Ungehorsam dar. Damit wird eine Gruppe, die dafür bekannt ist, rote Farbe auf Gebäude und Militärflugzeuge zu werfen, rechtlich in die gleiche Kategorie wie *Al-Qaida* und der *Islamische Staat* gestellt.

Wenn es eine ernsthafte Bedrohung durch diese Aktivisten gibt, haben wir das noch nicht gesehen – nur eine ministerielle Erklärung, die zivilem Ungehorsam in der Sprache der Aufstandsbekämpfung erörtert.

Wenn bürgerliche Freiheiten etwas bedeuten, dann müssen sie Protest überleben, der beleidigend ist. Die Demokratie kann nicht nur Meinungsverschiedenheiten tolerieren, sie muss auch Widerstand ertragen. Selbst wenn er an die Wand einer Waffenfabrik gesprüht wird.

Wenn dies alles ist, was man *Palestine Action* vorwerfen kann, dann liegt die Regierung falsch. Die Minister schaffen einen gefährlichen Präzedenzfall, indem sie Terrorgesetze anwenden, um Proteste zu verbieten – und Demonstranten nicht wegen Gewalt, sondern wegen Störung der öffentlichen Ordnung und Vandalismus bestrafen.

Die Konsequenzen werden in der Pressefreiheit, der politischen Verantwortlichkeit und dem Recht auf Widerstand zu spüren sein. In der Erklärung des Innenministers heißt es, dass die Aktivitäten von *Palestine Action* „die Schwelle“ für Terrorismus im Sinne des Gesetzes erreichen, doch wird nicht präzisiert, inwiefern die Aktionen der Gruppe – die in erster Linie aus Sachbeschädigung und nicht aus der Bedrohung von Menschenleben bestehen – das gesetzliche Erfordernis erfüllen, nämlich die Absicht, die Regierung unter Druck zu setzen oder die Öffentlichkeit durch schwere Gewalt sowie Drohungen einzuschüchtern.

Wenn das Gesetz verabschiedet wird, wird die Schwelle zur Definition als Terrorismus gesenkt, von der Absicht, Bomben zu legen oder Geiseln zu nehmen zum Beschmieren von Flugzeugen oder dem Anketten an Türen – Aktivitäten, die früher mit Anti-Atomkraft- und Anti-Apartheid-Aktivisten in Verbindung gebracht wurden. Seit 2020 führt *Palestine Action* eine Kampagne direkter Aktionen gegen Unternehmen, die Waffen an den Staat Israel liefern, vor allem *Elbit Systems*. Zu ihren Taktiken gehören kriminelle Beschädigung, Hausfriedensbruch und Störung. Diese Straftaten zum Terrorismus zu machen, ist moralisch fragwürdig. Aber das hat die *Labour*-Minister nicht abgeschreckt.

In den Terrorgesetzen steckt eine Logik, die George Orwell erkannt hätte: Die Gefahr liege nicht nur in Bomben oder Kugeln, sondern in Worten, Verbindungen und Ideen. Verbote kriminalisieren nicht nur Handlungen, sondern auch Zusammenschlüsse. Es wird zu einer Straftat, die Gruppe zu unterstützen, sich ihr anzuschließen oder sogar „moralische Unterstützung“ für sie zu bekunden. Wenn *Palestine Action* als Terroristen eingestuft wird, können Schriftsteller und Journalisten, die die Gruppe auch nur ansatzweise gutheißen, strafrechtlich verfolgt und für bis zu 14 Jahre inhaftiert werden.

Hier geht es nicht um die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit, sondern um die Kontrolle von Widerspruch – und die Einschränkung von Glauben und Redefreiheit. Wenn eine Regierung gewaltlose Handlungen, die sie missbilligt, als Terrorismus definieren kann, wird die Grenze zwischen zivilem Ungehorsam und Extremismus zu dem, was auch immer ein Minister darüber sagt. Das Gesetz verfügt bereits über die Instrumente, um gegen *Palestine Action* vorzugehen – wie das Innenministerium einräumt, sind einige Fälle, die die Gruppe betreffen, noch vor Gericht anhängig. Warum dann also ein Verbot? Was bringt eine Terror-Etikettierung, was eine strafrechtliche Verfolgung nicht leisten kann – abgesehen davon, dass sie der Gruppe einen Maulkorb verpasst und einen breiteren Aktivismus zu Palästina und dem Waffenhandel abschreckt?

Diese Regierung scheint nur allzu sehr darauf bedacht zu sein, den Protest zu kontrollieren, und das in einer Zeit, in der ihre Außenpolitik äußerst unpopulär ist. Es mag zynisch erscheinen zu behaupten, dass die Neudefinition von sichtbarem Dissens als Bedrohung der nationalen Sicherheit ein Weg ist, um den öffentlichen Zorn einzudämmen, aber der Effekt ist derselbe. Wenn es um den Gazastreifen geht, fällt es den Ministern schwer, das Vorgehen Großbritanniens oder Israels rechtlich zu verorten. Sie haben jedoch keine solchen Schwierigkeiten, wenn es um diejenigen geht, die gegen sie protestieren.

Der Labour-Abgeordnete Shami Chakrabarti hat zu Recht gefragt: Wann ist aus krimineller Beschädigung Terrorismus geworden? Wenn bürgerliche Freiheiten etwas bedeuten, dann müssen sie Protest überleben, der beleidigend ist. Die Demokratie kann nicht nur Meinungs-

verschiedenheiten tolerieren, sie muss auch Widerstand ertragen. Selbst wenn er an die Wand einer Waffenfabrik gesprüht wird.

Quelle: <https://www.theguardian.com/commentisfree/2025/jun/23/the-guardian-view-on-palestine-action-if-red-paint-is-terrorism-what-isnt>

Übersetzung: Pako – palaestinakomitee-stuttgart.de